



Forum Internationales Tübingen

c/o Haus der Kirche Villa Metz, Hechingerstr.13, 72070 Tübingen,
forum-internationales-tuebingen@gmx.de

POLITISCHE PARTIZIPATION VON MIGRANT/INNEN IN DER KOMMUNE Dokumentation der Fachtagung vom 18.10.2008

Zusammenfassung auf Basis der Podiumsdiskussion:
Vor- und Nachteile von „Einwanderer - Gremien“ jeglicher Art, von gewählten
Ausländerräten und ernannten Fachräten

Sind Einwanderer-Gremien ein hilfreiches Instrument der politischen Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund (in Tübingen), solange es kein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger gibt? Und wenn ja, wie müsste ein solches Gremium beschaffen sein? Mit der Fachtagung wollte das Forum Internationales Tübingen diesen und damit zusammenhängenden Fragen mit Hilfe von ‚Gremien-Experten‘ anderer Städte nachgehen.

Zur Podiumsdiskussion eingeladen waren

- Hülya Amhari (Mitglied des Esslinger Migrations- und Ausländerrates;
- Argyri Paraschaki (Mitglied im Vorstand des Bundesausländerbeirates BAB und im Landesverband der kommunalen Migrantenvvertretungen Baden-Württembergs LAKA, und ehemaliges Mitglied des Esslinger Ausländerbeirates; und
- Stefan Stötzler-Nottrodt (Integrationsbeauftragter der Stadt Esslingen).

Einleitende Statements hielten Ismayil Arslan (DGB Neckar/Alb), OB Boris Palmer und Prof. Dr. Bernd-Jürgen Warneken. Die Diskussion moderierte Andreas Linder

In dieser Zusammenfassung sollen die wesentlichen Kontroversen der Podiumsdiskussion, gegliedert in drei Punkte, nachgezeichnet werden:

1. Vorteile und Nachteile von Einwanderer - Gremien jeglicher Art
2. Vorteile und Nachteile eines von Menschen mit Migrationshintergrund gewählten Ausländerrates und
3. Vorteile und Nachteile von ernannten Fachräten, ohne notwendigen Migrationshintergrund.

1. Vorteile und Nachteile von Einwanderer - Gremien jeglicher Art:

Nachteile:

- Alle Gremien sind „Feigenblätter“, die über die Verweigerung einer ernsthaften politischen Beteiligung durch das Wahlrecht von Nicht - EU Bürgern auf kommunaler Ebene hinwegtäuschen (Arslan, Stötzler-Nottrodt).
- Die Gremien haben formal keine oder kaum Entscheidungsbefugnisse und sind in keinem Fall demokratisch legitimiert (wegen geringer Wahlbeteiligung oder Ernennungen durch Verwaltung und Gemeinderat) (Stötzler-Nottrodt).
- Bestehende politische Strukturen, die zu Ausschluss führen, werden damit unterstützt.
- Zudem ist die Möglichkeit des politischen Engagements auch außerhalb solcher Gremien und unabhängig von Staatsbürgerschaft z.B. in Parteien vorhanden (Stötzler-Nottrodt).

Vorteile:

- Durch „Einwanderer-Gremien“ kann man sich ins Bewusstsein rufen, bei Politikern und Öffentlichkeit (Stötzler-Nottrodt).
- Sie bieten bessere Arbeitsbedingungen für politische Tätigkeit, vorgegebene Strukturen und Geldtöpfe kann man als Chance nutzen, bietet Ansprechpartner in der Verwaltung (ähnlich Palmer; Paraschaki), versammelt Personen für ein besseres Nachdenken, wie und wo man sich engagieren kann.
- Mit Gremien kann man unabhängig vom kommunalen Wahlrecht besser für die Belange von Menschen mit Migrationshintergrund eintreten, ähnlich wie z.B. beim Seniorenrat. Durch das Wahlrecht ändert sich nicht automatisch die politische Beteiligung, das zeigt das europäische Wahlrecht (Paraschaki).
- Bestehende Strukturen können genutzt werden: es gibt z.B. überregionale Anbindungen an den Landesausländerbeirat und Bundesausländerbeirat (Paraschaki).
- Die Möglichkeit der Teilnahme an überregionalen Gremien fördert Informationsaustausch mit anderen, Netzwerke, Wissen über Zugang zu Aktionsmöglichkeiten, Geldquellen und Entscheidungsträgern.

2. Vorteile / Nachteile eines von Menschen mit Migrationshintergrund gewählten Ausländerrates

Grundlage der Diskussion ist der Ausländer-/Migrationsrat in Heidelberg und der bis 2007 tätige Ausländerbeirat in Esslingen. Die Mehrheit der Mitglieder dieser Räte sind Menschen mit Migrationshintergrund. Die Idee ist, dass MigrantInnen sich selbst vertreten und sich mit Hilfe des Gremiums besser für ihre Interessen einsetzen können.

Vorteile

- Bei entsprechender Wahlbeteiligung gilt ein Ausländerbeirat als von Zuwanderern demokratisch gewählt (Paraschaki).
- Migranten kennen die grundlegenden Alltagsprobleme von Migranten in der Kommune (Paraschaki).
- Sie sind unabhängig vom Gemeinderat und der Verwaltung gewählt und deshalb in ihrer Meinungsbildung und Interessenvertretung von diesen unabhängig (Paraschaki).
- Es ermöglicht Migranten ggf. das Erlernen der lokalen politischen Strukturen (wen spricht man für die Durchsetzung von gegebenen Interessen wie an) (Paraschaki).
- Es besteht die Anbindung und Verzahnung mit der „Basis“, also mit Migranten der Einwohnerschaft. Damit kann Informationsfluss (z.B. Überführung der Interessen und Themen der „Basis“ ins Gremium oder Einsatz der Räte als „Multiplikatoren“) und die direkte Zuführung von Projekten zu den Zielgruppen gewährleistet werden (Amhari). Die Erreichbarkeit von unterschiedlichsten und in sich inhomogenen Migrantengruppierungen ist gerade auch durch die Inhomogenität der MigrantInnen, die im Ausländerrat vertreten sind, gewährleistet (Paraschaki).
- Das Engagement im Ausländerrat führt ggf. zur Erfahrung der Selbstwirksamkeit und führt zu Partizipationsermutigung (Diskussionsbeitrag ZuhörerIn).
- Identifikation mit dem Gremium (ZuhörerIn).

Nachteile

- Listen werden auf Basis von Vereinen gebildet, Interesse der Vereine werden hauptsächlich durchgesetzt (Stötzler-Nottrodt). Argumente dagegen sind: Vereinsmeierei betraf nur die erste Generation und interessiert die zweite nicht mehr (Paraschaki). Vereinsmeierei gibt es auch im Gemeinderat (Amhari).
- Unabhängig von Wahlen hat der Gemeinderat das letzte Wort über die Kandidaten für den Ausländerbeirat, so dass die Wahl nicht so demokratisch ist, wie impliziert (Stötzler-Nottrodt).
- Auch durch oftmals geringe Wahlbeteiligung ist die demokratische Legitimität von Ausländerbeiräten anzweifelbar (Linder).
- Das Gremium hat keine politische Entscheidungsmacht. Der Migrations- und Integrationsrat in Heidelberg beispielsweise kann keine Anträge im Gemeinderat stellen (Amhari).

3. Vorteile / Nachteile von ernannten Fachräten, ohne notwendigen Migrationshintergrund

Grundlage der Diskussion ist der seit etwa Mitte 2008 tätige Fachrat für Migration und Integration (FMI) in Esslingen. Im Gegensatz zu Ausländer-Gremien, wie bei 2., ist der Migrationshintergrund der Mitglieder der Fachräte ein sekundäres Kriterium. Die Auswahl erfolgt aufgrund von Sachkompetenz – zumeist aus Berufsgründen – zum Themenbereich Migration und Integration. Der jetzige Fachrat in Esslingen verfügt symbolisch und strukturell über mehr Rechte gegenüber Verwaltung und Gemeinderat, als der ihm voraus gegangene Ausländerbeirat. Momentan hat etwa die Hälfte der Mitglieder des Fachrats keinen Migrationshintergrund.

Vorteile

- Der Fachrat besticht durch Kompetenz (fachliche und evtl. rhetorisch geübt hinsichtlich der Durchsetzung von Interessen, interkulturelle Kompetenz) (Stötzler-Nottrodt)
- Der Fachrat (in Esslingen) wird vom Gemeinderat gehört und seine Stellungnahmen müssen in die Beschlüsse des Gemeinderats mit einfließen (Stötzler-Nottrodt).
- Gemeinderatsbeschlüsse entgegen der Stellungnahmen des Fachrates müssen in Esslingen öffentlich gemacht werden (Stötzler-Nottrodt).
- Stärkere Vernetzung und bessere Koordination mit der Verwaltung (Stötzler-Nottrodt).
- Keine Vereinsmeierei (Stötzler-Nottrodt)
- Die Fachräte in NRW sind antragsberechtigt (Linder)
- Fachräte dokumentieren das gemeinsame Interesse von Mehrheitsgesellschaft und Migranten an guter Integrationspolitik und relativieren die symbolische und identitäre Aufladung von Herkunft (besonders bei z.B. in D geborenen Menschen der 2. oder 3. Generation ein sonderbares Konstrukt) und nationaler Zugehörigkeit (Linder)

Nachteile:

- Menschen mit Migrationshintergrund/ ohne deutsche Staatsbürgerschaft wird die politische Beteiligung aus der Hand genommen. Es wird über ihre Köpfe hinweg über ihre Belange entschieden (Paraschaki).
- Es wird damit unterstellt, dass Migranten nicht kompetent seien oder nicht für ihre eigenen Interessen sprechen könnten (Paraschaki).
- Durch das Ernennungsverfahren ist der Fachrat ein Spiegel der Interessen des Gemeinderats (Paraschaki). Argument dagegen wäre, laut Stötzler-Nottrodt, dass der Gemeinderat in Esslingen niemanden für den Fachrat vorgeschlagen hat, sondern dies vor allem er als Integrationsbeauftragter (und so Angehöriger der Verwaltung) gemacht hätte. Der frühere Ausländerbeirat Esslingens hätte weder Personen gestellt, noch Vorschläge gemacht.
- Vom Gemeinderat unabhängige Interessen werden insofern kaum diskutiert (Paraschaki).
- Fachexperten sind zu stark auf ihr eigenes Fachgebiet fokussiert und verlieren übergreifende, allgemeine Themen und Zusammenhänge aus dem Blick (Paraschaki) (Argument dagegen: manche Experten sind gerade darin geübt Zusammenhänge zu erkennen).

- Fachexperten können sich wandelnde Probleme der Menschen, um die es geht, evtl. nicht kennen oder erkennen (Paraschaki) (Argument dagegen: Sie könnten jedoch genauso den Überblick über diese Probleme haben, weil sie evtl. beruflich besonders intensiv damit zu tun haben).
- Der Fachrat ist (mehr als ggf. auch der Ausländerbeirat) ist eine von der Verwaltung vorgegebene Struktur, mit der sich viele Migranten nicht identifizieren können. Dies ist einer der Gründe, warum die im Ausländerbeirat tätigen MigrantInnen in Esslingen nicht bereit waren, sich auch im Fachrat zu engagieren (ZuhörerIn).
- wenn Integration ein Querschnittsthema ist, sind Sondergremien kontraproduktiv (Zuhörer)

04.11.08, W. Öhrlich

Abschrift Grußwort OB Palmer

OB Boris Palmer: Ich darf zunächst – auch wenn das unhöflich ist - eine kleine Korrektur vornehmen: ganz so martialisch habe ich es nicht formuliert. Ich habe nicht „die Integration“ zur Chefsache gemacht. [...] Wenn es so angekommen ist, nutze ich die Gelegenheit, um das zu korrigieren. Was ich in der Tat gesagt habe, ist: Ich will das Thema Integration persönlich mitgestalten. D.h. in der Verwaltung zu einem Thema machen, das dort eine hohe Bedeutung hat. Das ist nicht ganz dasselbe. Und soll auch nicht bedeuten, dass ich in Zukunft alles selbst machen möchte, sondern ich will mich da mit einbringen, das gerne. Deshalb bin ich auch heute hierher gekommen und gerne Ihrer Einladung gefolgt. Und will mich beim Forum Internationales zunächst dafür bedanken, dass Sie uns die Möglichkeit verschaffen, Expertinnen und Experten aus anderen Städten bzw. externen Sachverstand hier hören zu können, um von Erfahrungen zu profitieren.

Die Frage „Was braucht Tübingen?“ kann auch einmal ganz einfach beantwortet werden – ich nehme an wir werden die etwas komplexere Antwort gleich von Ihnen hören Herr Warneken – was Tübingen braucht ist überhaupt eine solche Institution, denn wir haben gar keine. Und das scheint mir ganz sicher zu wenig zu sein. Ich bin allerdings auch niemand der glaubt, dass der erste Anlauf Partizipation durch ein Gremium zu organisieren, den man seit einiger Zeit in einigen Kommunen unternommen hat, überall und in jeder Hinsicht erfolgreich war. Insbesondere mussten wir feststellen, dass die Idee, den Gemeinderat zu spiegeln durch ein Gremium – ob das nun Ausländerbeirat oder wie auch immer heißt – von denjenigen, die nicht im Gemeinderat sind und nicht der deutschen Gesellschaft angehören, also irgendwie nicht dazugehören und die dann in einem Gremium zusammen zu packen und ihre Anliegen selbst vertreten zu lassen, dass dies nicht sehr erfolgreich war und nicht unbedingt einen Beitrag zur Integration dargestellt hat. Dies wirft viele Fragen auf: z.B. welche Legitimation hat ein Gremium, wenn noch 10% an den Wahlen teilnehmen, welche Legitimation hat das Gremium, wenn es nur sehr wenige Nationalitäten abbildet etc. Da sind Schwierigkeiten entstanden. Deshalb gehöre ich nicht zu denen, die ein solches, aus einem allgemeinen Wahlrecht derjenigen, die sonst nicht wählen dürfen, hervorgehendes Gremium für besonders zielführend halten. Was ich aber doch denke, dass wir Formen der Beteiligung brauchen. Die erstens erlauben sich einzubringen, zweitens erlauben zu diskutieren, und zwar im Kreis derjenigen, die nicht - so wie es bisher war - vertreten gewesen sind, aber natürlich auch in Interaktion mit dem Gemeinderat und mit der Stadtverwaltung. Wie ein solches Gremium am besten aussehen kann, darüber, denke ich, werden wir heute diskutieren, da bin ich auch keineswegs festgelegt. Mir scheint, dass dies auch mit Fragen zusammenhängt, was Menschen, die sich einbringen wollen als Arbeitsbedingungen benötigen, wie sie sich selbst organisieren wollen und wen man mit hinzuziehen kann. Ich will Ihnen signalisieren, dass ich in der Hinsicht sehr offen bin, dass ich der Meinung bin, dass ein solches Gremium oder Beirat, oder wie auch immer man es nennt, - das will ich jetzt gar nicht festlegen - das Integration zu seiner Sache macht, beratend und engagiert tätig ist, dass ein solches Gremium uns gut tun würde in einem Integrationsprozess, von dem ich mir erhoffe, dass er in den nächsten Jahren, da geht es um einen längeren Zeitraum, erheblich an Fahrt gewinnt und bei dem ich glaube, dass in der Tat noch Einiges zu tun sein wird.

Ich darf um Verzeihung bitten dass ich heute wegen Jazz- und Klassiktage [...], nicht den ganzen Tag hier bleiben kann, sondern Sie gegen 14 Uhr wieder verlassen muss. Es geht aber nichts verloren, denn die Stadtverwaltung ist engagiert in dem Prozess der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes beteiligt, deshalb sind Herr Blum von Kulturamt, Frau Schwarz-Österreicher vom Sozialamt [...] und Frau Dr. Omran, die kommissarisch die Integrationsfragen derzeit in der Stadtverwaltung bearbeitet, hier. Und ich werde auch entsprechend über die Informationen, die Sie hier heute erarbeiten und erhalten in Kenntnis gesetzt. Vielen Dank für diese Veranstaltung. Auch das ist ein Zeichen von Engagement, dass Sie selbst diese Sache in die Hand nehmen. Ein letzter Hinweis: Die Stadtverwaltung wird am 7./8. November zu einer groß angelegten Veranstaltung zur Integrationskonzeption – bei der ein Beirat, in welcher Form er auch immer ausgestaltet wird, ein Teil werden könnte – einladen. Ich würde mich freuen viele von ihnen bei diesem Anlass wieder zu sehen. Vielen Dank und viel Erfolg.

Teilnahme und Teilhabe

Wie könnte ein künftiger Fachrat für Migration in Tübingen aussehen?

In der Begegnungsstätte „Hirsch“ wurde mit Migrations- und Integrationsbeauftragten anderer Städte diskutiert, wie Migranten in Tübingen besser am politischen Leben teilhaben könnten.

WOLFGANG BENCH

Tübingen. Moderator Andreas Linder wählte als Einleitung eine einfache Frage: „Brauchen wir einen Migrationsfachrat in Tübingen?“ Das Forum Internationales Tübingen hatte zu der Tagung geladen. Rund sechzig Interessierte diskutierten mit Integrationsbeauftragten aus Städten wie Heidelberg oder Esslingen über die Perspektiven eines Fachausschusses für Migration und Integration in Tübingen. Durch einen solchen Rat sollen vor allem die Interessen der nicht wahlberechtigten Zuwanderer in die kommunalen Kommunikations- und Entscheidungsprozesse in Tübingen eingebracht werden.

In seinem Grußwort betonte Olli Boris Palmer, Integrationskōnne

von jedem Bürger persönlich mitgestaltet werden. Ein solcher Rat, der Integration zu seiner Sache macht, tute der Stadt gut, so Palmer – vor allem, weil vergleichbare Gremien auf keine allzu erfolgreiche Vergangenheit zurückblicken könnten. Der Oberbürgermeister leitete so zu den zentralen Fragen der Tagung über: Welche Erfahrungen gibt es mit solchen Fachräten in anderen Städten? Wie sehen die unterschiedlichen Modelle aus?

Lieber mit als über Migranten reden

Argyni Paraschaki war aus Esslingen gekommen, sie ist Vorstandsmitglied des Landesverbands der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württembergs. Sie favorisiert einen Rat, in den Migranten direkt gewählt werden, weil sie so ihre eigenen Probleme und Anliegen besser thematisieren könnten. „Migranten müssen Prozesse mitgestalten können. Man redet leider zu sehr über Migranten statt mit ihnen“, so Paraschaki.

Eine aktive Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund am politischen Geschehen in der Kommune steht auch für Prof. Bernd Jürgen Warneken an oberster Stelle. „Partizipation ist ein besserer Begriff als Integration. Integration klingt zu sehr nach Einverleibung.“ Partizipation bedeute Teilnahme und Teilhabe, so Warneken. Ein solches Gremium müsse das Recht auf Anhörung im Gemeinderat haben, es müsse die Zuwanderer jedoch auch auffordern, sich für ihre Wünsche selbst zu engagieren, so Warneken.

Stephan Stöckler-Nottradt vom Fachrat für Migration und Integration in Esslingen sieht dies ähnlich und verweist auf die Geschichte von vergleichbaren Räten in Deutschland: „Frühere Gremien sind nur beratend, keine partizipierenden Gremien gewesen“. Ein lautes Versprechen der Wahlbeteiligung von Migranten müsse man jedoch mit Vorsicht genießen, da viele Zuwanderer Demokratie nicht zwingend gewohnt seien, so Stöckler-Nottradt.

Es entwickelte sich eine angeregte Diskussion zwischen den Podi-

umstellenden und dem Publikum über die Einrichtung eines solchen Gremiums in Tübingen. Einig war man sich, dass Tübingen als Universitätsstadt eine große Chance habe, einen solchen Beirat zu einem festen Bestandteil der Kommunalpolitik zu machen.

Thema Integration hat Hochkonjunktur

Hilya Amhari vom Ausländer- und Migrationsrat in Heidelberg sprach davon, dass Integrationsfragen auf Bundesniveau momentan Hochkonjunktur hätten. Tatsächlich hat es in den vergangenen Monaten die erste Islam-Konferenz in Deutschland gegeben, und die Bundesregierung hat einen nationalen Integrationsplan ins Leben gerufen. Amhari geht es jedoch nicht darum, wer über das Thema spreche, sondern wie. Auch nach ihrem Geschmack würden zu viele über Migranten statt mit ihnen reden: „Für mich zählt vor allem das, was von den Migranten selber kommt“.

Schwäbisches Tagblatt 21.10.2008

Ergebnisse der Anschluss-Diskussion im Forum Internationales Tübingen (Treffen 3.11.2008)

Meinungsbild der Mitglieder des Forums zur gesamten Veranstaltung

- einige finden die durch die Veranstaltung nochmal aufgeführten Vor- und Nachteile für den Meinungsbildungsprozess hilfreich
- einige wurden durch die Veranstaltung verunsichert (z.B. weil die Frauen auf dem Podium gewählte Fachräte in Frage gestellt haben)
- einige betonen, dass ein Ausländerrat welcher Art auch immer nicht mehr zeitgemäß wäre (ein Rückfall in die 70er/80er-Jahre)
- einige betonen, dass die Feststellung richtig ist, dass alle diese Gremien "Feigenblätter" sind, dass aber der Spagat zugunsten der inhaltlichen Anliegen ausgehalten werden müsse

Als Schlussfolgerung auch aus der Diskussion bei der Veranstaltung lässt sich herauschälen:

- eine Mischung aus "Esslingen" und "Heidelberg" scheint am Besten zu sein, d.h.
 - > Fachrat mit sachkompetenten Personen (und nicht Ausländerrat)
 - > (wie auch immer) berufen und nicht (nicht) gewählt
 - > Dieser Rat darf aber kein reines Akademiker-Gremium sein, sondern soll "Engagierte" versammeln und müsste einen Mindestanteil (z.B. 50%) von "Menschen mit Migrationshintergrund" haben, die "ihre" Interessen selbst vertreten, d.h. es müsste auf die „Interkulturalität“ bzw. Diversität der Zusammensetzung des Rats geachtet werden.
 - > es soll kein Gremium sein, mit dem sich die Stadt zur Repräsentation schmückt, sondern es soll ein aktives Gremium sein, das Initiativen und Anträge einbringt, also politisch agiert (wie in Heidelberg) und wozu es wieder "Sachverstand" braucht.
- Offen bleibt nach wie vor die Frage, wie groß "der Druck von unten" ist, dass so ein Gremium eingerichtet wird. (AL)

Zur Erinnerung:

aus: Unterschriftenaktion vom Mai 2008

Über 400 TübingerInnen haben im Mai 2008 per Unterschrift von der Stadtverwaltung gefordert:

Ich/Wir unterstütze/n die Forderungen des Forums Internationales Tübingen:

1. Die Stadt Tübingen soll eine Stabsstelle für eine/n Migrations- und Integrationsbeauftragte/n einrichten. Dies soll eine 100%-Stelle sein, die öffentlich ausgeschrieben wird. Aus den BewerberInnen soll eine kompetente Person mit Ausstrahlung, bevorzugt mit Migrationshintergrund, ausgewählt werden. Die Stelle soll durch Sachbearbeitung und wissenschaftliche Zuarbeit unterstützt werden. Auch dafür muss ein Budget eingerichtet werden.
2. Es soll ein Fach-Ausschuss für Migration und Integration eingeführt werden. Dieser soll vor allem die Partizipation von nicht wahlberechtigten ausländischen Mitbürgern zu allen Fragen des kommunalen Zusammenlebens fördern. Die gewählten Mitglieder sollen zu verschiedenen Sachthemen kompetent sein. Die mögliche „interkulturelle“ Zusammensetzung soll verdeutlichen, dass Fragen von Migration und Integration nicht nur für Migranten relevant sind.

aus: Vorschläge/Forderungen des Forum Internationales Tübingen zum Gesprächskreis Integration am 8.7.2008

Wir wollen

1. Eine/n Integrationsbeauftragte/n
2. Ein kommunales Integrationskonzept für Tübingen
3. Einen Fachrat für Migration und Integration
4. Eine Geschäftsstelle, die die Geschäfte für den Fachrat und das Netzwerk führt und das „bürgerschaftliche Engagement“ fördert
5. Eine Fortsetzung des Gesprächskreis Integration als kommunales Netzwerk zum Themenbereich Migration/Integration

6. Eine Stärkung des „bürgerschaftlichen Engagements“ im Integrationsbereich (finanziell, materiell, personell)

...

zu 3. Fachrat für Migration und Integration

„...werden diese Gremien oftmals mit weitreichenderen Kompetenzen ausgestattet. **Die Arbeitsgruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung** schlägt konkret vor, die Ausländerbeiräte zu Integrationsausschüssen zu entwickeln und damit in das System der Beratung und Beschlussfassung in der Kommune einzubinden.“ (7. Bericht der Integrationsbeauftragten 2007: 152)

„Der Integrationsbeirat ist das wichtigste kommunalpolitische Beratungsgremium für den Gemeinderat zu Fragen der Migration und Integration. Als beratender Fachausschuss unterstützt er den Gemeinderat durch Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen. Als Organ der MigrantenvertreterInnen und Gemeinderatsmitgliedern sowie Vertreter/innen der Freien Träger, der Religionsgemeinschaften und von Vereinen, die sich in der Migrationsarbeit engagieren, setzt er sich für die Interessen und Anliegen der zugewanderten Bevölkerungsgruppen ein.“ (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (2005): Management kommunaler Integrationspolitik. Strategie und Organisation. Bericht Nr.7/2005. Köln, S.26)

- Ein thematisch orientierter (Experten)-Fachrat soll eingerichtet werden. Es muss entschieden werden, ob dieser Rat nur aus Menschen mit Migrationshintergrund (Modell Stuttgart Internationaler Ausschuss: Sachverständige Bürger mit Migrationshintergrund) oder auch „gemischt“ sein kann (Modell Esslingen: Fachrat für Migration und Integration)

THEMENFELDER: Es müssen Themenfelder benannt werden, für die Personen in den Fachrat ernannt / gewählt werden können –

- denkbar ist folgende Aufteilung in 6 Themenfelder (in leichter Abwandlung der Strukturen/Themenfelder von Esslingen bzw. Stuttgart):

- Sprachförderung, Erziehung, (Schul-)Bildung, Universität (z.B. ausländische Studierende etc. und internationale Kontakte/Austauschprogramme im Hochschulbereich)
- Stadtentwicklung, Zusammenleben/Wohnen, Sicherheit
- Soziales (Jugend, Mädchen/Frauen, Senioren, Flüchtlinge/Illegalisierte etc.) und Gesundheit
- Berufliche Qualifikation, Arbeitsmarkt/Wirtschaft
- Kultur, Religion/interreligiöser Dialog, Sport
- Anti-Diskriminierung (Rassismus, Sexismus, Rechtsextremismus)

ZUSAMMENSETZUNG: Der Fachrat könnte bestehen aus

- 6 gewählten/ernannten Mitgliedern des Fachrats (mit jeweils einem/r StellvertreterIn)
- 6 GemeinderätInnen der verschiedenen Fraktionen (bzw. je nach Proporz)
- (max. 6 ???) beratenden Mitgliedern auf Vorschlag von Organisationen (ohne Stimmrecht).

WAHL VON FACHRÄTEN: Die Mitglieder des Fachrates werden vom Gemeinderat für die Dauer einer Legislaturperiode gewählt. Sie werden von dem/der Integrationsbeauftragten in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister in einem Auswahlverfahren vorgeschlagen. BewerberInnen können sich über Listen oder als Einzelpersonen zu festgelegten Fristen bewerben. – *rechtliche Fragen klären!*

STRUKTUR: Der Fachrat hat den Charakter eines offiziellen städtischen Ausschusses. Er tagt 1 mal im Monat. Er erhält eine Geschäftsordnung.

KOMPETENZEN / AUFGABEN:

- Die Mitglieder des Fachrats beraten den Gemeinderat / die Stadtverwaltung in allen Fragen rund um Migration und Integration.
- Sie können aber auch Anträge und Stellungnahmen zu allen anderen kommunalpolitischen Themen im Gemeinderat einbringen.
- Der Fachrat organisiert Tagungen zum Themenbereich Integration.

AUSSTATTUNG des Fachrats:

- Geschäftsstelle (50%), zugeordnet dem/der Integrationsbeauftragten
- eigene Projektmittel (ca. X.000 EUR im Jahr???)